

Kanzlerin will sich nicht für Chemnitz entschuldigen



Kanzlerin Angela Merkel (CDU) lehnt es ab, sich für die Reaktion auf Chemnitz, in der sie von „Hetzjagden“ und „Zusammenrottungen“ sprach, zu entschuldigen. Sie reagierte damit auf Vorwürfe von AfD-Chef Jörg Meuthen, der gleichzeitig die Entlassung von Regierungssprecher Steffen Seibert gefordert hatte.

Es habe Bilder gegeben, die „sehr klar Hass und damit auch die Verfolgung unschuldiger Menschen“ gezeigt hätten. Davon müsse man sich distanzieren, sagte Merkel am Mittwoch in Berlin. „Damit ist alles gesagt“, fügte sie hinzu.

Aus Sachsen waren zuvor gegenteilige Töne gekommen. Von Hetzjagd, Pogromen und Mob keine Spur, ließ Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) die (nicht überraschten) Sachsen wissen. Und Oberstaatsanwalt Wolfgang Klein teilte WELT jetzt mit, dass der Generalstaatsanwaltschaft ein im Internet verbreitetes und allseits bekanntes Video vorliegt, in dem eine Verfolgung eines Menschen über eine kurze Distanz zu sehen sei. „Dieses wird derzeit ausgewertet und eine mögliche Strafbarkeit geprüft. Ob darüber hinaus weitere Menschen in Chemnitz verfolgt worden sind, ist hier nicht bekannt“, erklärte Klein.

Die Frage sei erlaubt: Wovon redet dann die Kanzlerin eigentlich?

Überhaupt scheint die Kommunikation zwischen Staatskanzlei

Sachsen und Kanzleramt Berlin suboptimal zu sein. Denn auch die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer hatte noch am Mittwoch in Berlin erklärt, es habe Aufrufe nahe an Selbstjustiz gegeben. Filmaufnahmen zeigten, dass Menschen ausländischer Herkunft nachgesetzt und dass Journalisten bedroht worden seien. Auch hier stimmen die Dresdner und Berliner Erkenntnisse offensichtlich nicht überein.

Mit Merkels neuerlichen Einlassungen hat die Diskussion um die tatsächlichen Vorgänge bei einer Hooligan-Demonstration in Chemnitz nun eine neue Bedeutungs-Qualität erreicht. Das Merkel-Regime verabschiedet sich von harten, nachprüfbaren Fakten, es schüttelt die eigenen Worte ab wie lästige Zecken. Wer Merkel und Seibert jetzt noch mit „Hetzjagden“ und „Zusammenrottungen“ stellen will, ist eben ein rechtsextremer Haarspalter. Schluss der Debatte, es gibt Wichtigeres zu tun, lautet Merkels Basta-Botschaft.

Die regierungsamtlichen Tatortreiniger sind schon fleißig beim Worteweichspülen. Aus „Videos“ werden plötzlich „Filmaufnahmen“ und „Bilder“, aus „Hetzjagden“ und „Zusammenrottungen“ wird ausschließlich Hass extrahiert. „Hetzjagd“? Gestern noch medienwirksam als unumstößlicher Inbegriff des rechtsextremen Schreckens von Merkel und Seibert benutzt, schmilzt in der milden Herbstsonne über Berlin zum „juristisch nicht definierten“ Begriff. „Zusammenrottungen“? Vor 1989 noch strafbewehrter Paragraph aus SED-Zeiten, heute einfach Schwamm drüber! Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) ereifert sich schon über „Wortklauberei“.

Wenn die Öffentlichkeit, insbesondere die Medien, die Kanzlerin aus ihrer selbstgestellten Wort-Falle entwischen lassen, ist das Chemnitzer Geschehen praktisch nicht mehr dem stichhaltigen Beweis zugänglich. „Menschen ausländischer Herkunft sei nachgesetzt worden“, „Journalisten seien bedroht worden“, es habe „Aufrufe nahe der Selbstjustiz“ gegeben. Und es habe „sehr klar Hass und damit auch die Verfolgung unschuldiger Menschen“ gegeben. Der Legendenbildung ist Tür

und Tor geöffnet. Der traurige Mord an Daniel Hilbig als Auslöser der massiven Proteste verfällt zur folgenlosen Randnotiz. Das Stechen und Morden wird weitergehen. Recht könnte der bekommen, der den längsten Atem, sprich die unerschöpflichen finanziellen und technischen regierungsamtlichen Mittel zum Gewinn der Deutungshoheit besitzt.

Merkels dreistes Verhalten ist zweifelsohne skandalös, aber bis auf weiteres durch das Berliner Stockholmsyndrom gedeckt. In der Echokammer des Reichstages hält man der Peinigerin die Stange. Zu nah sind die politischen Verfolger gekommen. Die AfD momentan als zweitstärkste Kraft, noch vor der SPD. Eine plötzlich 180-Grad-Wende in der Flüchtlingspolitik wird Chemnitz nicht bringen, eher deutet sich eine massive finanzielle Ausstattung linksorientierter Kreise im „Kampf gegen Rechts“ an. Darauf deutet Bundesfamilienministerin Franziska Giffey's neuester Erguss für ein „Gesetz zur Förderung der Demokratie“ hin.

Aber Chemnitz hat dennoch Kurzzeit- (siehe AfD-Umfragen) und Langzeitwirkung. Vermutlich frühestens, wenn die Bayernwahl im Herbst und die Hessenwahl im Frühjahr für CSU und CDU krachend scheitern sollten, wäre eine Kursänderung greifbar. Bis dahin geht die Fahrt auf der Deutschland-Titanic weiter.